



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Jacobi, Hugo: Der 21. Januar

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gewinnen; das sind ihm Sentimentalitäten; frech und offen erklärt er, daß er im Dienste des Staats nur seinen persönlichen Vorteil suche. Der Dialog endet mit einer reichen Auslese gegenseitiger Schimpfworte.

Der Chor ergreift nun wieder das Wort, um seinen Klienten zu weiterem Kampfe anzufeuern. Der Wursthändler gibt als ein Zeugnis seiner Sinnesart, die ja dem Chore gefällt, einen lustigen Streich aus seiner Jugend zum besten:

Die Köche hab ich oft im Lenz betrogen.  
 Ich rief: „Der Frühling kommt; erblickt ihr dort  
 Die Schwalbe?“ Und sobald sie danach schauten,  
 Stahl von dem Fleisch ein gutes Stück ich fort.  
 Meist merkten sie es nicht; doch sah es einer,  
 Ich zwischen meine Schenkel damit fuhr,  
 Es bergend, während ich bei allen Göttern  
 Für meine Unschuld tat den höchsten Schwur.  
 Ein Redner sprach, bewundernd meine Gaben:  
 „Es wird einmal ein Staatsmann aus dem Knaben.“

Kleon ermannt sich wieder und sucht seinen Gegner einzuschüchtern, indem er ihn mit Hochverratsprozessen bedroht. Der Wursthändler antwortet ähnlich herausfordernd. Der Kampf wird so hitzig, daß er beinahe in Tätlichkeiten ausartet. Der Chor ermutigt seinen Klienten. Da wendet sich der Paphlagonier gegen die Ritter, aus denen der Chor besteht:

Längst hab ich es zusammen mir gereimt,  
 Daß ihr dies habt gezimmert und geleimt.

(Schluß folgt)



## Der 21. Januar



er Monat Januar ist bisher für uns Deutsche ein Monat nationaler und patriotischer Gedenk- und Festtage gewesen: der 18. Januar mit seinen großen Erinnerungen für Preußen und das Deutsche Reich, der 24. Januar als Geburtstag Friedrichs des Großen, der 27. als Geburtstag des Kaisers, zu denen sich eine Reihe militärischer Gedenktage aus der Schlußkatastrophe des großen Krieges gesellt, der letzte Ausfall aus Paris, die Schlussschlachten an der Voire, Werders heldenmütiger Widerstand an der Vifaine. In dieser Reihe vaterländischer Gedenktage nimmt sich der 21. Januar d. J., der einer großen revolutionären Demonstration gewidmet war, doppelt seltsam aus; es ist deshalb fast verzeihlich, daß das deutsche und insbesondere das Berliner Publikum, das an solche Dinge bisher nicht gewöhnt war, wenig Neigung bekundet, an ihren Ernst zu glauben. Der Sozialdemokratie war es anfangs offenbar darum zu tun, festzustellen, wie weit sie gehn könne, ohne auf den Widerstand des Staates zu stoßen, den zu brechen sie sich noch nicht stark genug weiß, auch sind die Massen noch nicht überall gewillt, ihr auf dieses Gebiet zu folgen. So hatte der 21. Januar neben der Bedeutung einer großen revolutionären

Demonstration die weitere, in einem großen Teile von Deutschland an demselben Tag und zu derselben Stunde ein umfassendes Massenaufgebot, ein Exerzieren im Dienste der Revolution, herbeizuführen. Über diese Bedeutung der Tatsachen darf man sich nicht täuschen, auch wenn der 21. Januar dort manche Hoffnungen und hier manche Erwartungen unerfüllt gelassen hat.

Die Sozialdemokratie hatte die Kundgebung mit sehr großen Worten eingeleitet, man wolle endlich „russisch sprechen.“ In Hamburg ist das in ausgiebigster Weise geschehen, reihenweis sind die Läden ausgeplündert worden, was entwandt werden konnte, wurde entwandt. Den dort begangnen Raub und Diebstahl kann die Sozialdemokratie nicht von sich abwälzen; es sind, wenigstens zum großen Teil, ihre organisierten Leute, die deshalb festgenommen wurden. Außerdem ist es ganz selbstverständlich, daß die Führer der Partei für den Tag „einer glorreichen Erhebung“ auf das lichtscheue Gefindel aller größern Städte rechnen, denn der verständige Arbeiter, zumal der Frau und Kinder zuhause hat, wird wenig Neigung zeigen, auf die Straße und in einen Kampf zu gehn, der auch in dem schwer glaublichen Falle des Gelingens die materielle Lage der Arbeiter niemals verbessern, sondern nur verschlechtern würde. Sie würden für den Fleischtopf guter Löhne und gesicherter Existenz den magern Knochen irgendeines politischen Rechts eintauschen, der ihnen in sehr kurzer Zeit wieder verloren gehn dürfte, denn die Ergebnisse von Straßenrevolten mit Mord und Brand, mit Plünderung und Totschlag haben vor der Geschichte noch niemals Bestand gehabt. Das lehren nicht nur die jüngsten Vorgänge in Rußland, sondern das lehrt auch namentlich die Geschichte der französischen Revolutionen, so viele ihrer auch bisher gewesen sind. Hierzu kommt, daß der Arbeiter in Deutschland auch politisch in einer Lage ist, wie in keinem andern Lande der Welt. Das Deutsche Reich hat mit seinem Einkammersystem bei allgemeinem direktem und geheimem Wahlrecht das radikalste aller politischen Systeme, die es auf der Welt gibt; nur so ist es erklärlich, daß das vor fünfunddreißig Jahren so monarchische Deutschland noch unter der Herrschaft des monarchischen Staatsgedankens in einen so weit greifenden und bedrohlichen Radikalismus hat verfallen können wie den, von dem der 21. Januar hinlänglich Zeugnis ablegt.

Die Frage, wie wir eigentlich dahin gekommen sind, bedarf keiner unständlichen Beantwortung. Der heutige Zustand ist das Produkt unsrer Gesetzgebung und der mißbräuchlichen Ausdehnung des Begriffs „Sozialpolitik.“ Der soziale Gedanke ist dabei für die Führer und Agitatoren nur der Vorwand gewesen, dem politischen die Wege zu bahnen und hierfür die Hilfe der Regierungen und der Parteien zu sichern. Wir haben in sozialer Beziehung bedeutend mehr erreicht, als wir wollten, in politischer Hinsicht jedenfalls vieles, was wir nicht wollten.

Trotzdem wird eine Prüfung der Frage nicht von der Hand zu weisen sein, inwiefern die sozialen Schöpfungen des Deutschen Reichs doch allmählich aufklärend auf die Massen gewirkt haben. Solange die Parteiführer von den Arbeitern nur verlangen, Resolutionen zu fassen und dabei allenfalls mit der Faust auf den Tisch zu schlagen oder unter dem Schutze von Wandschirmen oder ähnlicher Einrichtungen Stimmzettel abzugeben, werden sie selbstverständ-

lich zu haben sein, auch soll gar nicht bestritten werden, daß am 21. Januar, zumal bei den jüngern Männern, manch flammendes Auge und manche drohende Energie zu erkennen war. Aber die Folgeleistung bis auf die Straße würde wahrscheinlich wesentlich mäßiger ausgefallen sein, es hätten außer Leib und Leben doch zu viele Errungenschaften und Vorteile preisgegeben werden müssen. Die Behörden wären freilich in der Lage und absolut berechtigt gewesen, trotz allen Entscheidungen des preussischen Oberverwaltungsgerichts, die Versammlungen zu verbieten, doch ein Verbot wäre der sozialdemokratischen Führerschaft sicherlich das allerbequemste gewesen. Sie war damit einer großen Verantwortlichkeit ledig und hätte in der Presse und in den Vereinen das leichte Spiel gehabt, den Massen klar zu machen, wie sehr sich der Staat selbst „vor friedlichen Resolutionen und Kundgebungen der Sozialdemokratie“ fürchte; ein Verbot würde somit bis zu einem gewissen Grade im Interesse der Sozialdemokratie gelegen haben und ihr zustatten gekommen sein. Es würde ihr außerdem den Rückzug aus der Stellung, die sie vorher mit vielen Drohungen und großen Worten eingenommen hatte, sehr erleichtert haben. Schließlich wäre es wohl, trotz dem Verbote, nötig gewesen, seine Befolgung durch Entwicklung großer Polizei- und sogar militärischer Kräfte zu erzwingen. Für die Regierung war es somit viel einfacher, die Versammlungen zuzulassen, unter strenger Überwachung und im gegebenen Fall unter energischer Auflösung, aber dabei der Sozialdemokratie die Linie „bis hierher und nicht weiter“ in greifbarster Deutlichkeit erkennbar zu machen.

Entschließungen in so ernstlichen Situationen werden niemals von allen Seiten einwandfrei sein. In Berlin namentlich besteht bei einem großen Teil des Publikums die Neigung, den ganzen 21. Januar als eine sozialdemokratische Farce und bezüglich der Regierungsmaßnahmen als eine große Übertreibung anzusehen. Man konnte am Tage vorher, als die roten Warnungsplakate des Polizeipräsidenten an den Anschlagssäulen erschienen waren, in einem für den Anlaß allerdings recht kleinen Format, worin fast täglich Bekanntmachungen auf rotem Papier über Fortbildungsschulen und dergleichen zu lesen sind, die Beobachtung machen, daß nicht allein jüngere Leute des Arbeiterstandes, sondern viele gutgekleidete Personen aus den Reihen des Bürgertums, zu dessen Schutz die polizeilichen Maßregeln doch vor allem ergriffen waren, über den Inhalt der Bekanntmachung lachten und kein Hehl daraus machten, daß sie die ganze Sache, um einen Berliner Ausdruck zu gebrauchen, für „Mumpitz“ ansahen. Für die sozialdemokratische Inszenierung war das auch in gewissem Grade zutreffend. Die Parteileitung hatte von langer Hand her für den 21. oder 22. Januar etwas großes angekündigt und mußte nun wohl oder übel Wort halten, um sich nicht bei Anhängern und Gegnern lächerlich zu machen. Im Innern ihres Herzens aber werden die Herren Bebel, Singer usw. außerordentlich dankbar gewesen sein, daß die Regierung sie der Möglichkeit enthoben hatte, den ursprünglichen Ankündigungen unbeschränkte Folge zu geben. Immerhin hatte die Sache ihre zwei Seiten. Die Parteileitung gewann die Gelegenheit, vor aller Welt zu zeigen, wie musterhaft organisiert, „ordnungsliebend und friedfertig“ die sozialdemokratische Partei sei, und sie gab sich, da sie keine größeren Erfolge haben konnte, gern

mit dem Kleinern zufrieden. Aber auch dieser war sehr vom Zufall abhängig. Denn daß es in Berlin Gefindel genug gibt, darunter halberwachsne Burschen in großer Zahl, die nicht nur für einen großen Krakeel jederzeit zu haben ist, sondern auch bereit, einen solchen herbeizuführen, war am Sonntag bei verschiedenen Anlässen deutlich zu erkennen. Als nach dem Schlosse marschierendes Militär von einer solchen Bande mit Gejohl und Gepfeife begleitet wurde, ist es vielleicht nur dem ebenso energischen wie taktvollen Verhalten der Schutzmannschaft zu danken gewesen, daß größere Exzesse von andrer Tragweite verhindert wurden. Ob die Sozialdemokratie sich mit Absicht den Tag des Berliner Ordensfestes ausgesucht hatte, in der Meinung, leichteres Spiel zu haben, weil die Polizei da in der Nähe des Schlosses zusammengezogen sein würde, und der größte Teil der Stadt dadurch freigegeben, mag dahingestellt bleiben. Maßgebend für das Datum sind wohl die russischen Vorgänge vom 22. Januar vorigen Jahres gewesen. Wenn die Sozialdemokratie wirklich von der Abwesenheit der Polizei in einem großen Teile der Hauptstadt zu profitieren gehofft hätte, hätte sie die Absicht nicht wochenlang zuvor pomphaft ankündigen dürfen. Namentlich nach den Hamburger Vorgängen war doch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Behörden in Berlin keinen Spaß verstehen würden.

Die Urteilslosigkeit des gebildeten Publikums, die dabei zutage getreten ist, ist eine der bedeutamsten und bedauerlichsten Erscheinungen der Zeit, und sie erklärt, wie es möglich war, daß die Sozialdemokratie in diesen fünfunddreißig Jahren soviel Terrain bis in die wohlhabenden und gebildeten Klassen hinein hat gewinnen können. Viel dazu beigetragen hat die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Bis zum Jahre 1890 galt die Sozialdemokratie im Lande als eine anrühige, verpönte Partei, die sich im schroffsten Gegensatz zu Staat und Gesellschaft befände und bereit wäre, den einen wie die andre an einem langsam aber sicher vorzubereitenden Tage in die Luft zu sprengen. Seit 1890 hat sich dies geändert. Mit dem Aufheben des Sozialistengesetzes hat man der Partei den Charakter des Verpönten genommen, und ihre Wahlbeteiligung beweist, daß ihr dadurch eine große Anzahl von Anhängern zugeführt worden ist. Was nicht verboten ist, ist erlaubt. Die Stellung der Behörden dieser Kampforganisation gegenüber wurde unsicher, die Bekämpfung der Presse durch die Gerichte unterblieb, die politischen Parteien trugen kein Bedenken mehr, mit der gesetzlich und politisch nicht mehr verpönten Partei Wahlbündnisse einzugehn.

Wie es bei solchen ins Unendliche wachsenden Organisationen nicht anders sein kann, haben sich der Sozialdemokratie im Laufe der Jahre auch viele Leute angegliedert, die weder äußerlich noch innerlich zu ihr gehören, sondern zu ihrem Verhalten nur durch ihren Gegensatz zu der heutigen Staatsordnung bestimmt worden sind. Es sind dies namentlich wohlhabendere jüdische Kreise, die sich mehr und mehr von dem Staate abwenden, der ihnen nach ihrer Ansicht die volle Gleichberechtigung vorenthält, ebenso wie wir in Rußland das Judentum sowohl durch die Führerschaft als durch die Hergabe von Geldmitteln an der Entwicklung der dortigen Revolution zu dem von ihr erreichten Umfange beteiligt sehen. Die Folgen davon werden in einem schweren, gerade gegen diese Kreise gerichteten Rückschlage unvermeidlich

sein, und auch bei uns in Deutschland wird sich das ähnliche Verhalten als ein politischer Fehler herausstellen. Die Revolution von 1848 erfreute sich ebenfalls einer starken Mitwirkung des Judentums, dem es seitdem in einem halben Jahrhundert verfassungsmäßiger Zustände trotzdem nicht gelungen ist, alle die Schranken umzustößen, die es damals zu beseitigen gedachte. Bei den noch bestehenden handelt es sich nicht um eine politische Gleichberechtigung, die in jeder Hinsicht vorhanden ist, sondern um eine gesellschaftliche, die sich nicht herstellen lassen wird, solange die in Frage kommenden Gesellschaftskreise nicht selbst dazu übergehen. Diese wiederum würden in ihrem abschließenden und ablehnenden Verhalten gar nicht beharren können, wenn sie damit nicht der Volksstimmung entsprächen. Es ist zum Beispiel eine sehr bemerkenswerte Erscheinung, daß die handarbeitenden Klassen in Stadt und Land weitaus zum überwiegenden Teile antisemitisch bleiben, obwohl in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie das Judentum offensichtlich im Laufe der Zeit eine zunehmende Rolle spielt. Wiederum ein Beweis, daß es sich dabei nicht um eine normale Entwicklung handelt. Politische Gleichberechtigung ist heutzutage in allen zivilisierten Staaten vorhanden, soweit es überhaupt politische Rechte im modernen Sinne gibt. Die gesellschaftliche Gleichberechtigung dagegen ist auch in solchen Ländern nicht immer zu finden, die politisch sehr weit entwickelt sind; besteht doch sogar in politisch weitgehenden freisinnigen Berliner Kreisen zum Teil eine starke antisemitische Tendenz. Politische Gleichberechtigung kann selbstverständlich niemals konfessionelle Unterschiede zulassen, sie vollzieht sich in der Allgemeinheit des gesamten Staatslebens. Die gesellschaftliche Gleichberechtigung braucht dagegen sehr lange Zeit, sich durchzusetzen. Bei politischer Gleichberechtigung hat der konfessionell anders gesinnte keinerlei Konzessionen zu machen; er nimmt teil an allen Rechten, die die Verfassung des Staates dem Individuum verleiht, er selbst bleibt, wie und was er ist. Gesellschaftliche Gleichberechtigung dagegen kann sich nur auf dem Boden gegenseitiger Annäherung vollziehen und braucht dementsprechend natürlich sehr viel Zeit. Sie ist die Arbeit von Jahrhunderten, die niemals still steht, die sich aber auch nie überstürzen läßt. Aus diesem Grunde sind alle Versuche, gesellschaftliche Gleichberechtigung durch Unterstützung revolutionärer Tendenzen zu erzwingen, aussichtslos, weil sie den andern Teil nicht annähern, sondern abstoßen und ihn zu einem Entgegenkommen um so weniger geneigt machen.

Es liegt nun die Frage sehr nahe: Was hat die Sozialdemokratie mit dem 21. Januar eigentlich bezweckt, und was bezweckt sie mit den Wiederholungen, die schon angekündigt worden sind? Die eigentliche Parteileitung ist aus praktischen Leuten zusammengesetzt, die über die Grenzen des Erreichbaren nicht im Zweifel sind und sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die von ihnen in Parlamenten, in Versammlungen und in der Presse mit großen Worten angekündigten Ziele entweder in unendlicher Ferne liegen oder überhaupt nicht erreicht werden können. Wie jede Übertreibung ihr Gegenwicht, die natürliche Reaktion, in sich selbst trägt, so ist das auch mit der Sozialdemokratie der Fall. Sie enthält einen gewissen berechtigten Kern, soweit sie noch der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im

weitesten Sinne gewidmet ist; alle andern Bestrebungen, die über diese Aufgabe hinausgehen und sich subversiven politischen Zielen zuwenden, sind unberechtigt, schon deshalb, weil große politische Bewegungen und Umgestaltungen niemals Aufgabe einer einzelnen Klasse von Staatsbürgern, eines einzelnen Standes sein können. Die Masse entscheidet auf die Dauer doch nicht.

Die Zusammenschließung der Arbeitermassen und ihre dadurch erreichte Macht, wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen, hat eine Menge unliebsamer wirtschaftlicher Erscheinungen im entgegengesetzten Lager zur Folge gehabt. Ohne den sozialdemokratischen Mißbrauch des Koalitionsrechts würde der Zusammenschluß des Kapitals, wie er sich in Kartellen und Syndikaten darstellt, schwerlich einen solchen Umfang haben annehmen können. Es war zuerst die Sozialdemokratie, die die Existenz aller kleinern Betriebe in Frage stellte und allmählich vernichtete, weil diese weder in der Lage waren, die unaufhörlich steigenden Forderungen zu erfüllen, noch den Ärgerlichkeiten gewachsen waren, die das Verhalten der Arbeiter zur Folge hatte. Damit wurde an die Lebensfähigkeit der kleinen Betriebe sowohl wie des Handwerks die Art gelegt, und es war eine ganz natürliche Folge, daß das Großkapital zugriff und die kleinen Betriebe entweder in sich aufnahm oder ihnen das Lebenslicht völlig ausblies. Alles, was wir heute an bedenklichen wirtschaftlichen Erscheinungen auf dem großen Gebiete des Fabrikationswesens vor uns haben, ist ganz allein eine Folge der sozialdemokratischen Methoden und ihrer für den einzelnen Unternehmer oft unerträglichen Wirkungen. Eine weitere recht bedenkliche Folge ist die notorische Verschlechterung in der Qualität der Produktion. Unter der Herrschaft der Kartelle und Syndikate wird immer mehr zu der Akfordarbeit gegriffen, die den Arbeiter dazu zwingt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu leisten. Diese Art der Produktion steigert die Quantität auf Kosten der Qualität, der Käufer ist nicht mehr in der Lage, sich gute Ware nach Bedarf und Belieben auszusuchen, sondern er muß vorlieb nehmen mit dem, was das Syndikatsbureau ihm zusendet. Es ist das eine Erscheinung, die auf den verschiedensten Gebieten der Industrie vom Publikum längst sehr unvorteilhaft empfunden wird, voraussichtlich aber noch weiter wachsen und dann endlich ihre Remedur in der Übertreibung und deren Folgen, d. h. im Niedergang des Verbrauchs, namentlich des Exports, finden dürfte.

Forstet man nach den Ursachen dieser bedauerlichen Wirkungen, so stößt man zuletzt immer wieder auf die sozialdemokratische Methode und auf den ununterbrochnen Kampf zwischen Arbeit und Kapital, d. h. zwischen zwei Elementen, die beide aufeinander angewiesen sind, und von denen das eine ohne das andre gar nicht bestehen kann. Die Arbeit wirkt auf das Kapital befruchtend, ebenso das Kapital auf die Arbeit, und es ist um so seltsamer, daß beide ihre Lebensbetätigung nur im Gegensatz zueinander, statt in der Förderung des durchaus gemeinsamen Interesses suchen. Der Schöpfung der Berufsgenossenschaften lag ursprünglich der Gedanke zugrunde, in ihnen eine einheitlich umschließende Organisation für Arbeit und Kapital, Arbeiter und Arbeitgeber zu schaffen, einen Boden, der beiden die Vereinigung zur Förderung des ihnen gemeinsamen Interesses erleichtern würde. Diese Voraussetzung hat sich leider

nicht als zutreffend erwiesen aus Gründen, auf die einzugehn hier zu weit führen würde; die so groß gedachten Berufsgenossenschaften sind statt lebensvoller und lebenskräftiger Gemeinschaften bürokratische Verwaltungen geworden. Man wird abwarten müssen, ob es in Zukunft Arbeitskammern besser gelingen wird, den weit über sein Bett hinausgetretenen Strom der industriellen Bewegung wieder in seinen normalen Lauf zurückzulenken.

Das am meisten erschwerende ist und bleibt darin zu suchen, daß die bis zu einem gewissen Grade berechtigten sozialen, d. h. wirtschaftlichen Bestrebungen mit politischen verquickt worden sind, die keine Berechtigung haben und auch keinen Sinn, weil sie sich unmöglichen Zielen zuwenden. Der Satz, daß Leben Kampf bedeutet, Leben ein Kämpfer sein heiße, trifft nirgend mehr zu als auf dem wirtschaftlichen Gebiet mit seinen Konkurrenzkämpfen, die auf die Bedingungen der Herstellung der Arbeit unaufhörlich zurückwirken. Aber gerade diese Tatsache sollte die Aufgabe, eine Organisation zu finden, in der sich Kapital und Arbeit zur Pflege ihrer gemeinsamen Interessen vereinigen, in den Vordergrund rücken. Der Staatsmann, der das zustande brächte, würde sich das größte Verdienst um Mit- und Nachwelt erwerben. So wie die Verhältnisse gegenwärtig sind, kann es doch nicht weitergehn. Der jetzige Zustand muß unvermeidlich zu Trümmern führen, und ein künftiges Geschlecht würde dann auf dieser Trümmerstätte mühsam wieder aufbauen müssen. Nicht die „Proletarier aller Länder“ sollten sich zu nur phantastischen Zwecken vereinigen, sondern Arbeit und Kapital eines jeden Landes, um im internationalen Wettbewerb obenauf zu bleiben. Auch für die Arbeiter bleibt das Kapital die Henne, die ihnen goldne Eier legt — mögen sie immerhin noch nicht die erwünschte Größe haben.

Organisatorische Friedensbestrebungen werden selbstverständlich in der Sozialdemokratie immer ihre größte Gegnerschaft finden, weil diese nicht den Frieden, sondern den Kampf sucht, und zwar den politischen, für den der wirtschaftliche ja nur Mittel und Vorwand ist. Es ist deshalb auch vollständig verkehrt, in der Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei zu sehen, die durch die weitestgehenden wirtschaftlichen Konzessionen annähernd befriedigt werden könnte. Eine Arbeiterpartei ist sie nach ihrer ganzen heutigen Zusammensetzung schon nicht mehr; Leute, die Bismarck einmal durch den Ausdruck *fruges consumere nati* bezeichnete, spielen darin eine große Rolle und nehmen an Einfluß wie an Zahl zu. Der Arbeiter und seine eigentlichen Interessen sind längst nicht mehr das Objekt der Fürsorge, wie sie es von Anfang an kaum gewesen sind, sondern er ist das Stimmvieh geworden, das sich willenlos den Dekreten der Parteileitung zu beugen hat, seine Interessen sind der Spielball für die Befriedigung des politischen Ehrgeizes einer kleinen Schar von Hauptlingen. Von der Intelligenz des deutschen Arbeiters darf man aber noch hoffen, daß er schließlich doch auch einmal zu dieser Einsicht gelangen wird. Man sollte kein Mittel versäumen, ihm dies klar zu machen; ihm auch klar zu machen, daß die Sozialdemokratie ihn für Interessen, die keineswegs die seinigen sind, unaufhörlich ins Feuer schickt, weil sie nur vom Kampfe leben kann, und weil sie in sich selbst zusammenfallen müßte, sobald ihr der Kampf unmöglich gemacht wird dadurch, daß sich die Arbeiter weigern, sich noch länger zum Werkzeug fremden poli-

tischen Ehrgeizes herzugeben und sich für Zwecke mißbrauchen zu lassen, bei denen ihr Wohlergehen nicht gedeihen, sondern nur Schaden nehmen kann. Die Sozialdemokratie führt diesen Kampf in sehr verschiedenen Formen. Eine davon war der 21. Januar.

Bei der Frage nach dem Zweck dieser anscheinend so zwecklosen Veranstaltung kommt man zu folgendem Ergebnis: Erstens kam es darauf an, angesichts des offensibaren Zusammenbruchs der russischen Revolution das revolutionäre Feuer in den Gemütern der deutschen Arbeiter wieder anzufachen und der Enttäuschung über den Ausgang in Rußland ein Gleichgewicht zu bieten, dem Glauben an das so vielfach gepriesene Allheilmittel der sozialen Revolution eine neue, dringend gewordene Kräftigung zuzuführen. Zweitens sollte der Versuch gemacht werden, in der Herausforderung der heimatischen Staatsgewalt so weit zu gehn, bis man auf den Widerstand stoßen würde, gewissermaßen eine Kraftprobe auf die Stärke, den Mut und die Entschlossenheit dieses Widerstandes. Drittens handelte es sich um eine im größten Stil unternommene und durchgeführte Gewöhnung der Massen, dem Gebote der Parteileitung zu einem bestimmten Tage und zu einer bestimmten Stunde Folge zu leisten. Für eine künftige revolutionäre Erhebung „im großen Stil“ ist die Organisation die Hauptsache, und auch in dieser Richtung sollte der 21. Januar eine Probe sein. Die Meinung, der man namentlich in liberalen Kreisen begegnet, daß es sich nur um ein aliquid fecisse videatur der sozialdemokratischen Parteileitung gehandelt habe, um eine dramatische Pose, vermögen wir nicht zu teilen. Sicherlich ist in dem Gebaren der sozialdemokratischen Parteileitung viel politische Hochstapelei und Phraseologie, aber die Aufgabe, die Führung großer Massen dauernd in der Hand zu behalten, ist nicht leicht und fordert einen großen Aufwand von großen und kleinen Mitteln, die zugleich der Masse schmeicheln und sie im Zaum und Gehorsam halten sollen. In die Kategorie dieser Mittel gehört der 21. Januar.

Sobald die Parteileitung sicher war, daß sie der vollen Entschlußkraft des Widerstandes begegnen würde, zog sie die Krallen zurück und streckte die Sammetpfötchen vor. Sie sah voraus, daß der beschlossene ernste Widerstand kein defensiver bleiben, sondern sich leicht in die Offensive eines neuen Ausnahmegesetzes mit Revision des Wahlrechts umsetzen könnte. Die Sozialdemokratie hätte also geradezu an den beiden Ästen sägen müssen, auf denen sie sitzt, Hand an ihre eigensten Lebenswurzeln legen müssen, hätte sie den staatlichen Widerstand herausfordern wollen. Die Interpellation im preussischen Herrenhause würde acht Tage vor dem 21. Januar, zumal in Gestalt eines bestimmten Antrags, eine größere Bedeutung und Tragweite gehabt haben.

Doch die sozialdemokratische Methode hat auch noch eine andre Seite. Die russische Revolutionspartei hatte bekanntlich den 22. Januar vorigen Jahres, einen Sonntag, dazu benutzt, eine sogenannte „friedliche Massendemonstration“ gegen das Winterpalais in Petersburg in Szene zu setzen, wobei den Leuten vorgeredet wurde, daß sie „zum Kaiser“ gehn sollten und diesem ihre Wünsche vortragen, während die Führer sehr genau wußten, daß der Kaiser nicht anwesend war, sondern statt seiner eine bewaffnete Macht, die die Aufgabe hatte, diese Massendemonstration zu zerstreuen. Um so sorgfältiger war man darauf bedacht, der

Kundgebung äußerlich einen „friedfertigen“ Charakter zu wahren; man nahm Frauen und Kinder mit, stellte einen Priester mit dem Kreuz in die vorderste Reihe, Bilder des Kaisers, Heiligenbilder usw. waren im Zuge. Es lag dabei die Berechnung zugrunde, daß wenn die Soldaten auf einen Priester im Ornat, auf das Bild des Kaisers schießen würden, das ja in Rußland mit einer gewissen Weihe umgeben ist, dies ein Hilfsmittel sein werde, die Dekomposition und die Verwirrung der Gemüter auch in die Reihen des Heeres zu tragen, während man zugleich die Regierung durch das Schießen auf „unschuldige friedliche Menschen“ ins Unrecht setzte. Dieser Plan ist bekanntlich durchaus gelungen, der 22. Januar ist der unmittelbare Ausgangspunkt der russischen Revolution geworden. Die groben Täuschungen, die in Petersburg angewandt worden waren, die Massen zu einem Zuge gegen das Winterpalais zu bewegen, waren freilich in Berlin nicht anwendbar. Wenn der deutsche Arbeiter auf die Straße gehn soll, so muß er wissen, „wofür,“ welche „Freiheiten“ er eigentlich noch erkämpfen soll. Viele von ihnen, verhetzt und verführt, wie sie nun einmal sind, würden unter Umständen vielleicht bereit sein, sich in einen Straßenkampf zu stürzen, aber sie werden sich nicht so leicht dazu hergeben, in einem sogenannten „friedlichen Zuge“ gegen das Schloß zu rücken, um sich dort durch Waffengewalt vertreiben zu lassen, nur um der sozialdemokratischen Parteileitung die Inszenierung der Revolution nach russischem Muster zu ermöglichen. Mit der Schutzmannschaft allein hätte man es allenfalls noch aufgenommen, aber ein großer Teil der deutschen Arbeiter ist durch die Schule des Heeres gegangen und weiß ganz genau, was ein Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht des Staates bedeutet. Zu der gefahrlosen Spielerei eines Straßenaufzugs hätte man sich allenfalls hergegeben, zu einem Zusammenstoß mit den Truppen nicht, es war darum durchaus richtig gehandelt, daß die Regierung die Bevölkerung über die Konsequenzen einer solchen Straßendemonstration nicht im Unklaren ließ.

Darf man deshalb wohl getrost aussprechen, daß dieser Teil des sozialdemokratischen Plans gescheitert ist, so hat die Parteileitung, unsichtig wie sie ist, es dennoch verstanden, auch dieses Vorgehn der Regierung für ihre Parteizwecke auszunutzen. Der ohnehin im großstädtischen Bürgertum vorhandnen Neigung, in diesen sozialdemokratischen Massenversammlungen, ja sogar in Massenaufzügen nichts gefährliches, sondern höchstens ein Amusement, wenn nicht eine gewisse Berechtigung zu sehen, hat die Sozialdemokratie dadurch Vorschub geleistet, daß sie mit einem „ordnungsgemäßen“ und „friedlichen“ Verlauf zu posieren gewußt hat, und daß die Ordner der Partei, die mit roten Schleifen auf der Straße Polizei spielten, für die Bewahrung dieser Ordnung vollkommen ausgereicht haben. Die Hilfe der Schutzmannschaft wurde nicht nur nicht in Anspruch genommen, sondern es wurden im Gegenteil in mehreren Versammlungen Lobreden auf „das liberale und verständige Verhalten der Polizei“ gehalten, wohl in der Absicht, der sozialdemokratischen Kundgebung auf diese Weise eine Art polizeilicher Anerkennung und Legalisierung anzudichten. Damit hat man erreicht oder doch wenigstens bezweckt, daß im „liberalen“ Bürgertum die Meinung von der „Ungefährlichkeit“ der Sozialdemokratie wesentlich verstärkt worden ist, und daß die Kreise, die beim Ausbruch einer Revolution am lautesten nach

Polizei und Militär schreien würden, sich heute über den polizeilichen und militärischen Aufwand vom 21. Januar lustig machen und ihn als unnötig verurteilt haben. Die Schutzmannschaft wiederum hat den neuen Eindruck gewonnen, daß die rote Schleife auf der Straße die Aufgabe der Polizei übernehmen durfte und scheinbar vorzüglich durchgeführt hat. Wir sagen „scheinbar,“ weil ohne die eisernen Spaliere, die von der Regierung aufgepflanzt worden waren, die Sache doch vielleicht etwas anders verlaufen wäre. Aber die Sozialdemokratie rechnet damit, daß dieser Eindruck auch auf die Polizeimannschaften kein verlornen sein, sondern sich bei diesen zu der Überzeugung vertiefen werde, die Sozialdemokraten seien doch ganz anständige tratable Leute, ein Eindruck, der dann vielleicht bei spätern Gelegenheiten die erwünschte Wirkung nicht verfehlen wird. Wie weit diese Rechnung ohne den Wirt gemacht ist, kann erst die Zukunft zeigen.

In Summa stehn wir also mit der sozialdemokratischen Demonstration vom 21. Januar einem nach allen Richtungen hin sehr sorgfältig überlegten und durchdachten Operationsplan gegenüber, der nicht Zweck, sondern nach verschiedenen Richtungen hin nur ein Mittel für künftige Zwecke gewesen ist: ein Feilen an den eisernen Fundamenten des Staates und eine weitere Zerfegung der ohnehin wenig gefestigten Anschauungen der bürgerlichen Kreise. Bei den Truppen wird der Eindruck der gewesen sein, daß „die Kerle nicht den Mut gehabt haben,“ an sie heranzukommen, aber Wiederholungen solcher Aufgebote mit demselben Ausgange würden doch aus verschiedenen Gründen nicht unbedenklich sein.

Ob und wann die Sozialdemokratie zu ernstern Taten überzugehn gedenkt, wird wesentlich von dem Grade der Entschlossenheit und der Widerstandskraft abhängen, mit dem sie zu rechnen hat. Wer das heutige Stadium für ungefährlich ansehen will, sollte sich darüber klar sein, daß es sich nur um das Vorspiel und die allerersten Einleitungen handelt, sowie auch darüber, daß die sozialdemokratische Aktion durch die Wendung in Rußland immerhin eine unverkennbare Entmutigung erfahren hat. Auch sind die Arbeiter in Deutschland längst im vollen Besitze der politischen Rechte und der wirtschaftlichen Fürsorge, die sie in Rußland erst erkämpfen wollen und wahrscheinlich so bald nicht erreichen werden. Für den deutschen Arbeiter fehlt mithin das Objekt zu einer revolutionären Bewegung, denn die Landtagswahlrechte an sich, die in den einzelnen deutschen Staaten mehr oder minder reformbedürftig sein mögen, sind kein ausreichender Vorwand für eine Revolution — neben allen den Freiheiten, die das Reich, und neben aller Fürsorge, die die Sozialpolitik des Reichs gewährt. Die sozialdemokratische Propaganda wegen der Landtagswahlrechte ist ja überhaupt nur möglich durch die vom Reiche gegebne Freiheit, deren Mißbrauch schwerlich zur Erreichung andrer Landtagswahlrechte, sondern nur zur Verminderung der freiheitlichen Richtung in der Reichsgesetzgebung führen kann. Verfassungen sollen nicht dazu dienen, zu zerstören, sondern aufzubauen. Wer sie in jener Richtung mißbraucht, mag zusehen, daß er von den einstürzenden Trümmern nicht erschlagen werde.

Hugo Jacobi

